§ 30 BDSG

- (1) Eine Stelle, die geschäftsmäßig <u>personenbezogene Daten</u>, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern genutzt werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erhebt, speichert oder verändert, hat Auskunftsverlangen von Darlehensgebern aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union genauso zu behandeln wie Auskunftsverlangen inländischer Darlehensgeber.
- (2) Wer den Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags oder eines Vertrags über eine entgeltliche Finanzierungshilfe mit einem <u>Verbraucher</u> infolge einer Auskunft einer Stelle im Sinne des Absatzes 1 ablehnt, hat den <u>Verbraucher unverzüglich</u> hierüber sowie über die erhaltene Auskunft zu unterrichten. Die Unterrichtung unterbleibt, soweit hierdurch die <u>öffentliche Sicherheit</u> oder Ordnung gefährdet würde. § <u>37</u> BDSG bleibt unberührt.

E-Learning Datenschutz -



7 Min Datenschutz juristi.e-Seminar

Datenschutz praktische Lektion

Aus- und Weiterbildung